

© H. - R. Dietrich	Wirtschafts und Finanzpolitik	Erstelldatum 03.04.03 08:43
Bremer Verhältnisse	<b>Entschuldungshilfen des Bundes</b> <b>Wirkung des Investitionssonderprogramms</b>	Thesen mit Materialanhang Seite 1

**Thesen zur Sanierung Bremens<sup>1</sup>**  
**durch Einsatz von Flächen und anderen Ressourcen<sup>2</sup>**

1. **Die Sanierung ist gescheitert.**  
Es gibt keine Politik und kein Ereignis, mit der oder durch das Bremen in die Lage versetzt werden könnte, im Rahmen der Gesetze<sup>3</sup> aus eigener Kraft<sup>4</sup> seine gesetzlichen und selbst übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu bezahlen.
2. **Seit Beginn der Sanierungspolitik mit dem Schwerpunkt des Investitionssonderprogramms (ISP) hat sich Bremen von den selbst gesteckten und öffentlich benannten Zielen immer weiter entfernt.**  
(Dazu im Anhang einige Schaubilder und unten einige Erläuterungen)
3. **Das wissen die Politiker seit langem. Sie plündern seit Beginn der Sanierung die Ressourcen, auf die sie in Gegenwart und Zukunft zugreifen können, um sie ihrer jeweiligen Klientel zu übereignen.**
4. **Opfer dieser Ausplünderung sind insbesondere die zukünftigen Generationen und die Bundesbürger, die die übernommenen Verpflichtungen bezahlen müssen<sup>5</sup>.**
5. **Die nächste Sanierungshilfe des Bundes ab irgend wann nach 2004 wird wohl zur Anwendung des Artikels 37 des Grundgesetzes (Bundeszwang)<sup>6</sup> führen, nach dem ein Bundeskommissar (Beauftragter der Bundesregierung) „Weisungsrecht gegenüber allen Ländern und ihren Behörden (hat)“. Dann haben die Bremer trotz eines eigenen Bundeslandes fast nichts mehr mitzubestimmen.**
6. **Die Bremer BürgerInnen kennen die Pleite im Prinzip auch<sup>7</sup>. Sehr viele profitieren durch irgend welche Subventionen oder Zuschüsse in der Gegenwart. Die auch in Leserbriefen veröffentlichte Meinung dreht sich immer nur darum, daß man auf Kosten anderer mehr abbekommen will. Es wird argumentiert, das Geld sei da, es werde nur falsch ausgegeben. Das Geld ist aber nicht da, sondern es werden nur ständig Verpflichtungen auf die Zukunft und auf die anderen Bundesbürger verteilt. Jeder behauptet dabei, dass die Ausgabe dem Standort Bremens diene, ohne einen Beweis dafür anzutreten oder gar eine persönliche Verantwortung dafür zu übernehmen.**
7. **Die Bremer Politiker legen so etwas wie einen betrügerischen Bankrott hin und die Bremer Bürger schweigen dazu und verhalten sich so wie in einer Beutegemeinschaft. Sie haben daher die politischen Vertreter und Regierung, die ihnen gebührt und werden sie auch behalten und später dafür bezahlen.**

<sup>1</sup> Bei Bremen handelt es sich um das Land. Mit Sanierung sind die öffentlichen Haushalte der Gebietskörperschaften Land sowie Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gemeint.

<sup>2</sup> Ressourcen sind insbesondere finanzielle Mittel aber auch die Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit der BremerInnen, deren Lebenszeit, Gesundheit, Lebensqualität, Mitwirkungsmöglichkeiten am Gemeinwesen usw. Hier wird wesentlich aber nur auf die Ressourcen Flächen und öffentliche Finanzen eingegangen.

<sup>3</sup> Die Tatsache des Scheiterns wird in der Öffentlichkeit meist in die Anklage verpackt, daß die Steuerverteilungsgesetze falsch seien und die Städtestaaten unzumutbar benachteiligten. Eine Veränderung der Steuergesetze und der Steuerverteilung war aber nicht Voraussetzung der Sanierungsbeihilfen. Hamburg als Städtestaat kommt auch ohne Sanierungshilfen aus.

<sup>4</sup> Eigene Kraft heißt hier, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte Bremens durch eigene laufende Einnahmen ohne besondere Zuschüsse im Rahmen der allgemeinen Gesetze und Regelungen in Deutschland und Europa bezahlt werden können. Auch die Position als nehmendes Land im Länderfinanzausgleich muß prinzipiell dabei als kritisch gesehen werden.

<sup>5</sup> Die Bremer Politiker verhalten sich damit genau so, wie es Regierungen in Ländern vorgeworfen wird, die Empfänger von Entwicklungshilfe sind, daß sie die immer erneute Hilfe der Geberländer voraussetzen und sich daher gar nicht bemühen, aus der Hilfsbedürftigkeit heraus zu kommen. Der Anglizismus dafür heißt „Moral Hazard“.

<sup>6</sup> Wortlaut: „(1) Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des **Bundeszwanges** zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten. (2) Zur Durchführung des Bundeszwanges hat die Bundesregierung oder ihr Beauftragter das Weisungsrecht gegenüber allen Ländern und ihren Behörden.“ Bremer Politiker werden dem Bundeskommissar zustimmen, weil sie ihre Posten behalten und anschließend behaupten können, sie hätten in Verhandlungen Schlimmeres verhindert, aber für die konkreten Belastungen durch den Bundeskommissar seien sie nicht verantwortlich.

Dauerhaft mehr Schulden aufzunehmen als Investitionen zu tätigen, verstößt gegen Bundesrecht.

<sup>7</sup> Es gibt in Bremen genug Kaufleute, die einfache ökonomische Zusammenhänge bewerten zu können. Jeder sieht und erfährt von unrentierlichen öffentlichen Ausgaben. Auch viele öffentliche Bedienstete sehen die Zusammenhänge aber machen beim Geld Ausgeben in den begünstigten Bereichen kräftig mit.

© H. - R. Dietrich	Wirtschafts und Finanzpolitik	Erstelldatum 03.04.03 08:43
Bremer Verhältnisse	<b>Entschuldungshilfen des Bundes Wirkung des Investitionssonderprogramms</b>	Thesen mit Materialanhang Seite 2

Zu These 2:

**Quantitative Ziele und Maßstäbe der Sanierungspolitik im Vergleich mit realer Entwicklung:**

„Die <Bremer Erklärung>, mit der im Jahr 1992 das Sanierungsprogramm des Landes Bremen auf den Weg gebracht wurde, sieht neben der Begrenzung des Ausgabenwachstums vor, über die Ausweitung wirtschafts- und finanzkraftstärkender Investitionen zu einer Verbesserung der Einnahmeseite zu gelangen. In der <Bremer Erklärung> heißt es:<Wir erwarten, daß durch eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstrukturpolitik qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, die Wirtschaftskraft gesteigert und damit die Steuereinnahmen spürbar verbessert werden. Nur so kann das Land Bremen nach der Teilentschuldung wieder in die Lage versetzt werden, seine Aufgaben aus eigener Kraft zu finanzieren, ohne erneut in eine Haushaltsnotlage zu geraten.>“<sup>8</sup>

Die Größenordnung der über den Länderfinanzausgleich, die Bundesergänzungszuweisungen und die Investitionshilfen hinaus gehenden Sanierungshilfen benennt der Finanzsenator<sup>9</sup>:

Mit der Entscheidung vom 27. Mai 1992 hat das Bundesverfassungsgericht u.a. die von Bremen nicht selbst zu verantwortende extreme Haushaltsnotlage des Stadtstaats festgestellt und darauf hingewiesen, dass im Rahmen des bündischen Prinzips eine Beseitigung dieses verfassungswidrigen Zustands herbeigeführt werden muss. Das Bundesland Bremen erhielt deshalb im Zeitraum 1994 bis 1998 insgesamt 9 Mrd. DM [4,6 Mrd. €] unmittelbar zur Schuldentilgung. Im Umfang der dadurch entstandenen Zinsersparnisse wurde gleichzeitig ein Investitionssonderprogramm [ISP] beschlossen, aus dem wirtschafts- und finanzkraftstärkende Maßnahmen bis einschließlich 2004 realisiert werden sollen. Da im Zuge der bundesweit zu verzeichnenden Steuereintrübe auch Bremen Mindereinnahmen von mehreren Mrd. DM zu verkraften hatte - die nicht vollständig durch ohnehin überdurchschnittliche Einsparungen Bremens kompensiert werden konnten -, musste das Zeitziel der Sanierung erweitert werden. Dementsprechend wurde im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes u.a. beschlossen, dass das Bundesland Bremen diesmal in degressiv gestalteter Form bis einschließlich 2004 weitere Sanierungszahlungen in Höhe von insgesamt 7,7 Mrd. DM [3,9 Mrd. €] wiederum zur unmittelbaren Schuldentilgung erhält. Die Überwindung der extremen Haushaltsnotlage setzt die Einhaltung von Artikel 115 Grundgesetz voraus. Nach Abschluss der Sanierungszahlungen des Bundes muss das Bundesland Bremen deshalb in 2005 einen verfassungskonformen Haushalt aufweisen.

Der Senator für Finanzen Bremen benennt im Finanzbericht Bremen 5/96 unter „Sanierungsprogramm und Wachstumsziele“ die quantitativen Ziele:

**Teilentschuldung:**

Durch Teilentschuldung und wachsende Steuereinnahmen soll Bremen die Zinssteuerquote seiner Haushalte vermindern und seine Aufgaben aus eigener Kraft finanzieren.

**Ergebnis Teilentschuldung und Zinssteuerquote:**

Die Schulden sind nicht gesunken sondern von 8,76 Mrd. € in 1995 auf 9,04 Mrd. € in 2000 gestiegen.<sup>10</sup> Die Zinssteuerquote ist dennoch gesunken von 33,44% in 1995 auf 27,21% in 2000, nicht weil die Steuereinnahmen gestiegen wären, - die sind nominal gleich geblieben und real gesunken, - sondern weil die Zinsen am Kapitalmarkt gesunken sind. Und da die öffentlichen Schulden dauernd umgewälzt werden, wirken sich Zinsveränderungen aus. Sollten die Kapitalmarktzinsen wieder steigen, würde das auch wieder zu steigenden Zinszahlungen führen.

**Maßstab Wirtschaftswachstum:**

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des westlichen Bundesgebietes, das für 1996 mit 0,5% und den Folgejahren mit jeweils rd. 2,0% angenommen wird, soll von Bremen 1996 und den Jahren bis 2000 um 0,25% Punkte und ab 2001 um gleichbleibend 1,5% Punkte p.a. überstiegen werden. Weitere Verzögerungen bei der Wiederannäherung an die bundesdurchschnittliche Entwicklung dürfen nicht eintreten.

<sup>8</sup> Zitiert nach IFP 2010 S 6 aus dem Jahr 2002

<sup>9</sup> in einer Kurzdarstellung auf seiner Homepage gelesen am 31.3.2003

<sup>10</sup> Dies sind die im Haushalt verbuchten Schulden Bremens. Darüber hinaus sind private Gesellschaften in der Hand oder unter Beteiligung Bremens gebildet worden, die Schulden machen, für die Bremen haftet. Auch sind langfristige schuldrechtliche Verträge geschlossen worden, die entsprechende langfristige Zahlungsverpflichtungen nach sich ziehen. Darüber hinaus ist Eigentum der Stadt verkauft worden, so daß den aufgenommenen Schulden geringere verwertbare Vermögen gegenüber stehen. Diese Lasten gehen in die Zinslastquote nicht ein

© H. - R. Dietrich	Wirtschafts und Finanzpolitik	Erstelldatum 03.04.03 08:43
Bremer Verhältnisse	<b>Entschuldungshilfen des Bundes Wirkung des Investitionssonderprogramms</b>	Thesen mit Materialanhang Seite 3

### Ergebnis Wirtschaftswachstum:

Das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab der in Bremen erbrachten Leistungen bleibt in den Jahren 1995 bis 2001 hinter dem Wachstum in den alten Bundesländern und in Hamburg zurück. (siehe Anlage 1) Das vom Finanzsenator für erforderlich gehaltene Wachstum dieser Kenngröße, das sich nicht nur dauerhaft über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer halten sondern auch noch von + 0,25% Wachstum über dem Bezugswachstum beschleunigen soll auf jährlich + 1,5% über dem realen Wachstum der alten Bundesländer hat es bisher weit verfehlt Um das Sanierungsziel doch noch zu erreichen, müßte das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes Bremens nicht nur knapp über dem der westlichen Bundesländer liegen sondern schon ab 2002 über 10% Wachstum jährlich aufweisen, d.h. jährlich um ca. 2,8 Mrd. Euro real wachsen (siehe Anlage 2).. Der höchste bisher in der Sanierungsperiode registrierte Zuwachs war aber nur 0,77 Mrd. Euro, und das in dem Jahr 2000, das eine relative Hochkonjunktur darstellte.

### Maßstab Zahl der Beschäftigten:

Die Zahl der Beschäftigten im Lande Bremen lag 1995 bei rd. 359.200. Bei paralleler Entwicklung zum Wirtschaftswachstum des Bundesgebietes würde sich dieses Arbeitsplatzangebot bis zum Jahre 2007 um rd. 7.500 auf knapp 367.000 und damit auf ein zuletzt 1992 erreichtes Niveau erhöhen. Mit Verwirklichung der ISP Zielsetzungen wäre allerdings die Schaffung von 33.000 zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten erforderlich. Dies bedeutet, daß zur Gewährleistung der Sanierungsziele innerhalb der nächsten elf Jahre ein Ausbau des bremischen Arbeitsplatzangebotes um über 40.000 (+ 11 %) **auf etwa 400.000 notwendig ist.**

### Reale Entwicklung der Beschäftigtenzahlen:

Real ist die Zahl der Beschäftigten im Bund auch gestiegen aber nicht in Bremen, wo die Zahl der Arbeitnehmer 2001 praktisch auf dem gleichen Stand wie 1995 verharrt (rd. 363 T. gegenüber rd. 361 T). Im Saarland und im alten Industrieland NRW sind die Beschäftigtenzahlen dagegen deutlich mehr gewachsen als im westlichen Bundesgebiet. (Siehe Anlage 3). Um bis 2007 noch die Zielzahl zu erreichen, müßten jährlich in Bremen über 6.000 Menschen zusätzlich Beschäftigung finden (siehe Anlage 4).

Rechnet man die Selbständigen hinzu und betrachtet die Erwerbstätigen insgesamt und den ganzen Sanierungszeitraum ab 1993, hängt Bremen hinter den selbst genannten Vergleichsräumen noch weiter zurück. Während 2001 gegenüber 1993 die Zahl der Erwerbstätigen im Bund West um 4,45% gestiegen ist, im alten Industrieland NRW um 5,47%, im Saarland um 7,11%, im Stadtstaat Hamburg um 1,35% ist sie in Bremen um 3,67% gesunken.

### Maßstab Arbeitslose:

Mit **14%** fiel die **Arbeitslosenquote** des Landes Bremen im Jahr 1995 um 4,7% Punkte höher aus als im Durchschnitt der übrigen (westlichen) Bundesländer (9,3%). Zur Erreichung des Bundesdurchschnittes ist es erforderlich, die im Jahresdurchschnitt 1995 rd. 40.300 Arbeitslosen Bremens und Bremerhavens **um rd. 13.500** zu verringern. Dabei wird unterstellt, daß der Abbau der regionalen Mehrarbeitslosigkeit proportional zu den Beschäftigungseffekten des ISP erfolgt. Also bis 2007 auf 9,5% im Lande Bremen sinkt. In einer Kurve macht er auch deutlich, daß er diese Wirkung von 1996 an kontinuierlich um 1.125 Arbeitslose weniger für möglich hält.

### Reale Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen:

In der Realität liegt die Arbeitslosigkeit 2002 genauso hoch wie am Ausgangspunkt mit wieder steigender Tendenz. Das angegebene Sanierungsziel ist schon deswegen nicht mehr zu erreichen, weil mit den kontinuierlich über den Sollwerten liegenden Arbeitslosenzahlen schon Haushaltsbelastungen verbunden waren und sein werden, die als Zusatzlast in die Folgejahre mitgeschleppt werden. Dem gemäß müßte als Ziel eine noch geringere Arbeitslosigkeit genannt werden, was noch unrealistischer wäre, als das vorgegebene Ziel doch noch zu erreichen. **Jetzt müßte die Zahl der Arbeitslosen bis 2007 schon jährlich kontinuierlich um rd. 2.700 sinken.** Das ist mehr als doppelt so ehrgeizig wie 1996 formuliert. Und – wie gesagt – die Arbeitslosigkeit steigt wieder. (siehe Anlage 5).

### Zielgröße Einwohnerzahl:

Die Einwohnerzahl des Landes Bremen lag Mitte 1995 bei rd. 680.000. Kann in den kommenden Jahren die bundesdurchschnittliche Einwohnerentwicklung mitvollzogen werden, d.h. verliert das Land nicht weitere Bevölkerungsanteile gegenüber dem übrigen Bundesgebiet (ich rechne weiter mit dem Westteil), würde sich die bremische Einwohnerzahl bis zum Jahre 2007 um etwa 18.000 auf rd. **698.000** erhöhen. Aus dem notwendigen Beschäftigungseffekten des Sanierungsprogramms ist allerdings ein erheblich höherer Einwohnerbedarf abzuleiten: Bei unveränderter Pendlerquote von rd. 30% - d.h. immer noch steigender Pendlerzahl von + 12.000 – würde im Sanierungszeitraum rd. **37.000** zusätzliche bremische Einwohner erfordern. Dies bedeutet, daß die Realisierung der Zielsetzungen des Sanierungsprogramms zu **einer Erhöhung der bremischen Einwohnerzahl um rd. 55.000 auf 735.000** führen muß. Von denen bei unver-

© H. - R. Dietrich	Wirtschafts und Finanzpolitik	Erstelldatum 03.04.03 08:43
Bremer Verhältnisse	<b>Entschuldungshilfen des Bundes</b> <b>Wirkung des Investitionssonderprogramms</b>	Thesen mit Materialanhang Seite 4

änderten Anteilsätzen 593.000 (+ 44.000) auf die Stadt Bremen und knapp 142.000 (+ 11.000) auf Bremerhaven entfallen. Damit würde Bremen nur so viel Einwohner haben wie Anfang der 70er Jahre.

#### **Reale Entwicklung der Bevölkerungszahlen:**

Die Einwohnerzahl ist seit 1995 nicht gestiegen sondern bis Ende 2001 auf rd. 660.600 Einwohner zurück gegangen, während die der westlichen Länder in erwartetem Maße gestiegen sind (siehe Anlage 6). Sollte Bremen die für die Sanierung vom Finanzsenator bis 2007 für erforderlich gehaltenen 735.000 Einwohner noch erreichen sollen, hätte schon in 2002 die Bevölkerungszahl um 12.400 Personen steigen müssen und diese Zahl von Personen jährlich bis 2007 aufnehmen. (Siehe Anlage 7) Einen Zuwachs von 12.400 Personen hat es nicht einmal nach der Wende Anfang der 90er Jahre gegeben.

#### **Ziel vermehrte Steuereinnahmen**

Bei unterstelltem Bundestrend ergibt sich für Bremen bei paralleler Entwicklung Mehreinnahmen jährlich bis 2007 von 100 Mio. DM (10 Mio. DM aus Arbeitsplatzeffekten und 90 Mio. aus Einwohnerentwicklung). ISP Effekte würden diese Einnahmewirkung mehr als verdreifachen. **Mit Realisierung des angestrebten Wirtschaftswachstums erhöhen sich die Steuereinnahmen der Bremischen Gebietskörperschaften im Sanierungszeitraum um bis zu 350 Mio. DM p.a., von denen allein 307 Mio. DM auf den zur Umsetzung des ISP notwendigen Anstieg der Einwohnerzahl zurückzuführen sind.** Gegenüber der Normalentwicklung ergeben sich damit ISP- abhängige Steuer - Mehreinnahmen von bis zu 250 Mio. DM p.a. (jeweils in Preisen von 1996 d.h. real). Unter der Annahme, daß die einwohnerabhängigen Mehrausgaben größenordnungsmäßig den arbeitsplatzbedingten Minderausgaben entsprechen, würden diese Werte auch den Konsolidierungseffekt für den Haushalt darstellen.

#### **Reale Entwicklung der Steuereinnahmen:**

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften Bremens verharren mit leichten Schwankungen zwischen 1995 und 2000 bei 1.871 Mio. € bzw. 1.874 Mio. €<sup>11</sup>. Um den inzwischen kumulierten Rückstand der Steuereinnahmen von 2,7 Mrd. € aufzuholen und das Ziel von ca. 4 Mrd. € in 2007 noch zu erreichen, müßten von 2001 an die Steuereinnahmen Bremens um durchschnittlich 691 Mio. € steigen. Das ist rechnerisch fast doppelt so viel in Euro wie der ursprüngliche Ansatz des Finanzsenators in DM als Wirkung der Sanierungspolitik für die Bremer Haushalte vorhergesagt hat. Auch ohne kumulierten Rückstand der Steuereinnahmen müßten von 2001 die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr jeweils um 306 Mio. € zulegen um die Sanierungsziele zu erreichen. (Siehe Anlage 8) Selbst der geforderte Ausgleich für Nachteile aus den Steuerreformen des Bundes erreicht diese fehlenden Milliarden Euro Steuereinnahmen für die Sanierung nicht.

#### **Maßstab Grundsteuer**

In einem Gebiet, in dem so massiv Freifläche und Landwirtschaftliche Nutzfläche in Wohnbauland und Gewerbliche Nutzfläche umgewandelt wird wie in Bremen, dürfte man erwarten, daß die Steuergrundlage für die Grundsteuer B deutlich steigt. Dies ist auch deswegen erforderlich, um die deutlich steigenden laufenden öffentlichen Kosten der Erschließung zu decken.<sup>12</sup>

#### **Reale Entwicklung der Steuereinnahmen auf Grund und Boden:**

In der Realität Bremens – in diesem Falle der Stadt, weil es eine Gemeindesteuer ist – steigt die Bemessungsgrundlage im Sanierungszeitraum aber nicht. Sowohl nach Höhe als auch nach Wachstum liegt sie unter den Werten von Hannover, einer Stadt mit nicht nur weniger Einwohnern sondern auch einem viel kleineren Stadtgebiet (204 km<sup>2</sup> in Hannover gegenüber 327 km<sup>2</sup> Stadt Bremen) aber ähnlichen wirtschaftlichen Problemen wie Bremen. (siehe Anlage 9) Dennoch steigen die Grundsteuereinnahmen Bremens schneller als in Hannover – aber nur weil der Meßbetrag oder Multiplikator im Sanierungszeitraum erhöht wurde.

#### **Maßstab Anregung von Investitionen und Modernisierung der Wirtschaft:**

Das ISP ist darauf ausgerichtet, die Unternehmen zu mehr Investitionen anzuregen und einen wirtschaftlichen Aufholprozeß anzuregen.

<sup>11</sup> Der Finanzsenator gründet seine Rechnung auf realen Werten, also ohne Verzerrung durch Preisänderungen. Mir liegen nur nominelle Werte vor, mit denen ich daher rechne. Da es auch in dem betrachteten Zeitraum kein Jahr mit Preisrückgängen gegeben hat, unterschätzt diese Rechnung den Rückstand der realen Steuereinnahmen gegenüber den erforderlichen Werten noch.

<sup>12</sup> Eine umfassende Kostenrechnung von Beginn der Planung der neuen Wohnbau- und Gewerbeflächen mit allen Vorlaufkosten, den damit verbundenen Kapitalkosten, den späteren Unterhaltskosten für die von der öffentlichen Hand zu unterhaltenden und zu pflegenden Bereiche usw. ist seit Jahren ein Gebot der Glaubwürdigkeit, daß dieser Flächenfraß und all die anderen Zugriffe auf die Ressourcen Bremens, der Bremer und der Bundesbürger dem Wohle der Gemeinschaft dient. Es ist nicht erkennbar, daß diese Selbstverständlichkeit realisiert wird.

© H. - R. Dietrich	Wirtschafts und Finanzpolitik	Erstelldatum 03.04.03 08:43
Bremer Verhältnisse	<b>Entschuldungshilfen des Bundes Wirkung des Investitionssonderprogramms</b>	Thesen mit Materialanhang Seite 5

### **Reale Entwicklung des Anlagevermögens und der Modernität der Anlagen:**

Von den Bruttoanlageinvestitionen, also grob dort wo sich die Baukräne drehen, müssen die Abschreibungen abgezogen werden, also dort wo z.B. Hochöfen still gelegt werden, um zu ermitteln, in wie weit im Saldo mehr investiert wird als verfällt. Vergleicht man das Wachstum des Nettoanlagevermögens im Sanierungszeitraum in den Ländern, so erweist sich, daß die Unternehmen in Bremen trotz der massiven Vorgaben des Staates sich weiterhin zurück halten. Das Nettoanlagevermögen wächst nirgendwo so langsam wie in Bremen (siehe Anlage 10). Im Bereich der gewerblichen Wirtschaft sinkt das Nettoanlagevermögen sogar, es verfällt im Sanierungszeitraum also mehr als mehr neu investiert wird. Im Dienstleistungsbereich wird zwar mehr investiert als abgeschrieben, aber nirgendwo in den Vergleichsregionen wird so wenig in dem Wirtschaftsbereich investiert wie in Bremen. Die Ausstattung der Erwerbstätigen mit Kapital liegt weit unter dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer und sinkt auch noch relativ. Als Ergebnis sinkt der durchschnittliche Modernitätsgrad der Bauten als wesentliches Investitionsgut in Bremen absolut und relativ zu den Vergleichsgebieten. **Der relative und in wichtigen Bereichen absolute Verfall der wirtschaftlichen Grundlagen Bremens geht im bisherigen Sanierungszeitraum also weiter.**

### **Ergebnis der Sanierung:**

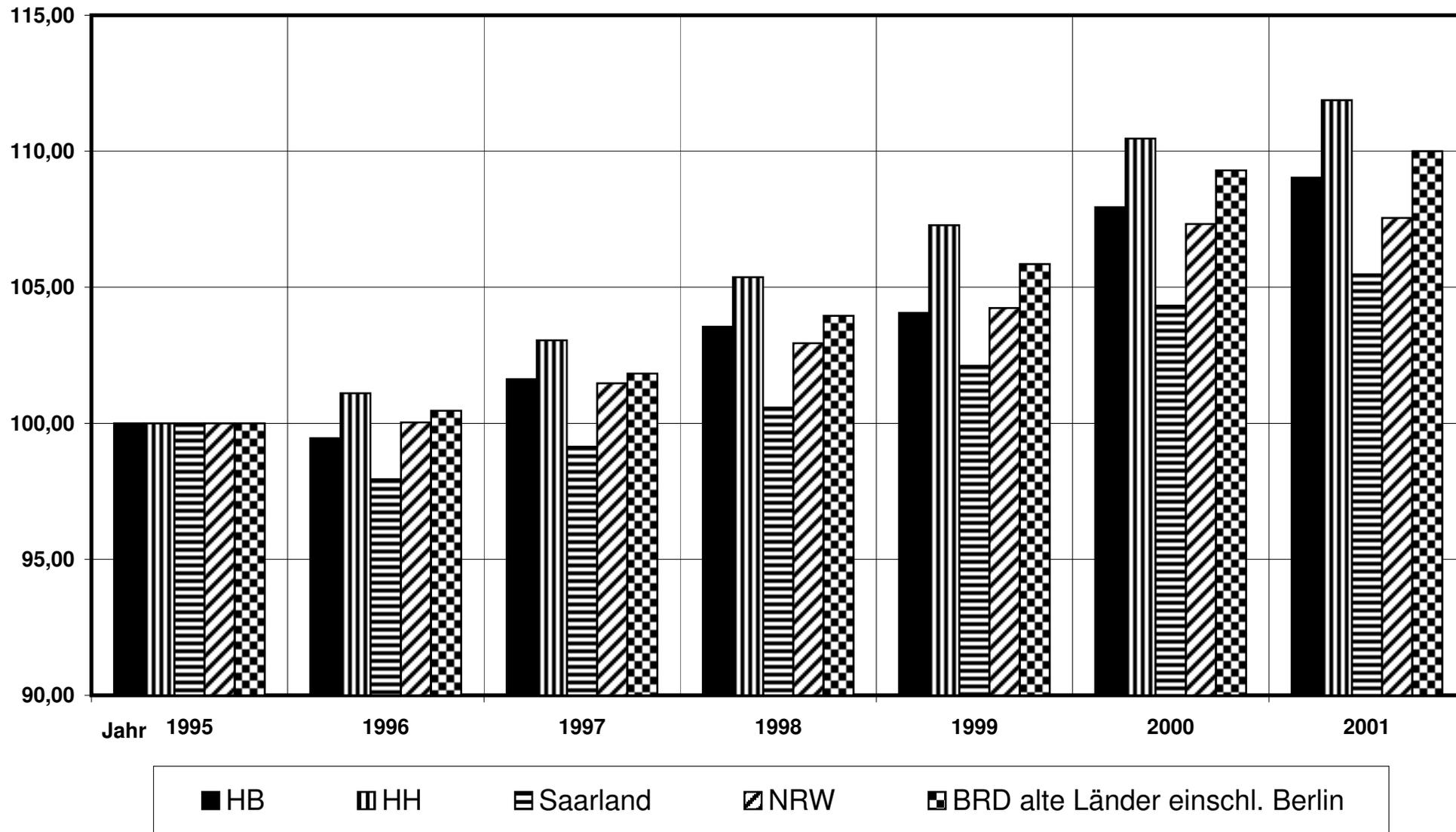
**Das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte als Anteil der Primäreinkommen<sup>13</sup> in Bremen liegt nirgendwo in den in den Vergleichsgebieten mit zuletzt 23,2% so hoch und gleichzeitig wird nirgendwo so wenig gespart und investiert wie in Bremen. Die Unternehmen und Kapitalbesitzer in Bremen verhalten sich mehr als Kapitalrentner. Wenn es in Bremen lukrativer ist, in Beziehungen mit den Politikern zu investieren, die ihnen alle Ressourcen, auch riesige erschlossene Gewerbeflächen zu einem Spottpreis übereignen, neu gebaute Büros unter Kapitalkosten vermieten usw., und der ihnen noch alle Risiken abnimmt, der braucht nicht mehr selber zu investieren. So hat sich ein Filz aus öffentlichen Bediensteten und Unternehmen und Organisationen gebildet, genannt PPP Public Private Partnership, das die Ressourcen Bremens zum Konsum unter sich verteilt und vergeudet und die Zukunft Bremens längst abgeschrieben hat. Der Staat als Beute!**

---

<sup>13</sup> Löhne und Gehälter, Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen und eben Saldo der Vermögenseinkommen

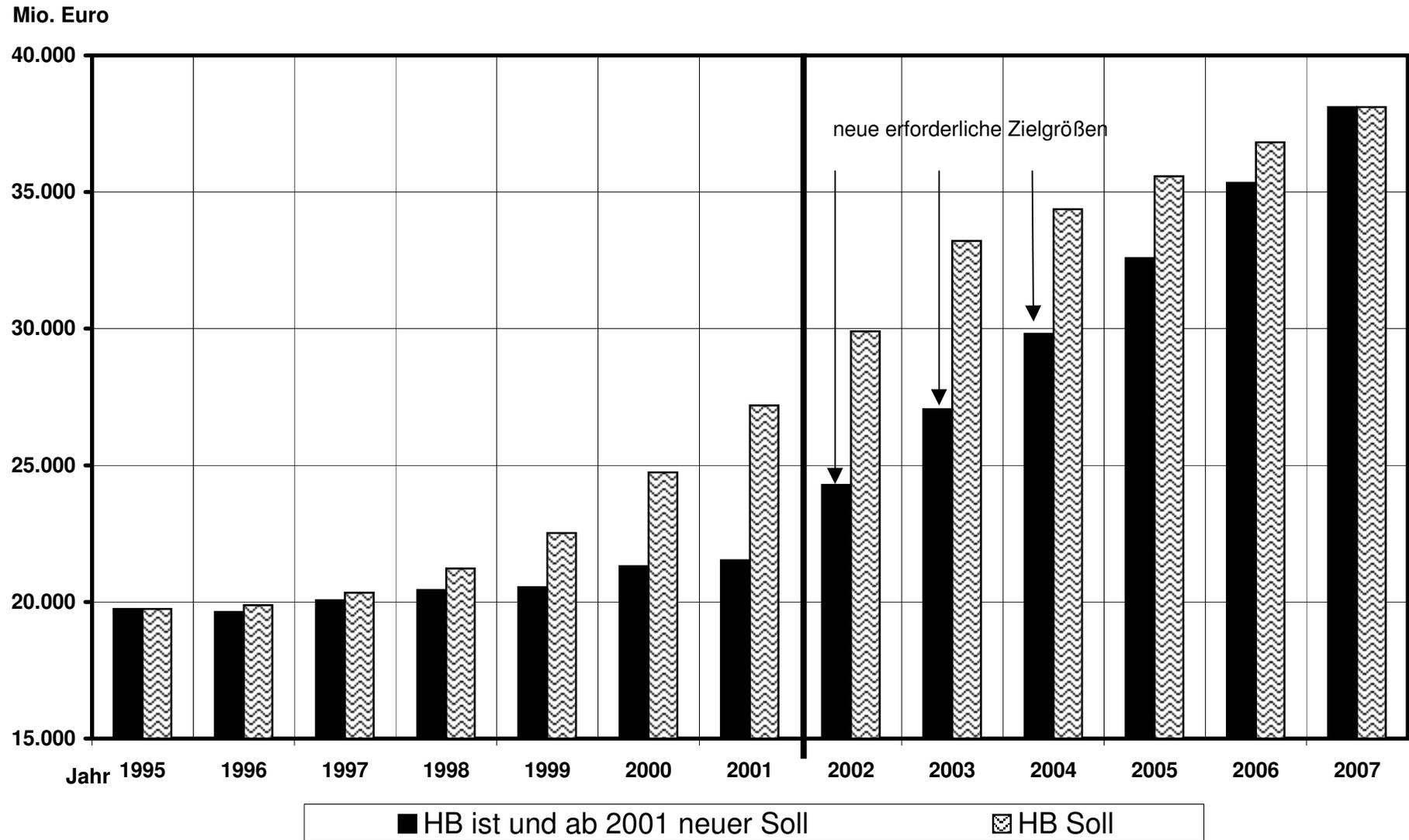
### Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes BIP in Preisen von 1995 im Ländervergleich

BIP real in % von 1995



Datenquelle:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung  
der Länder 1991 bis 2001  
Reihe 1 Band 1

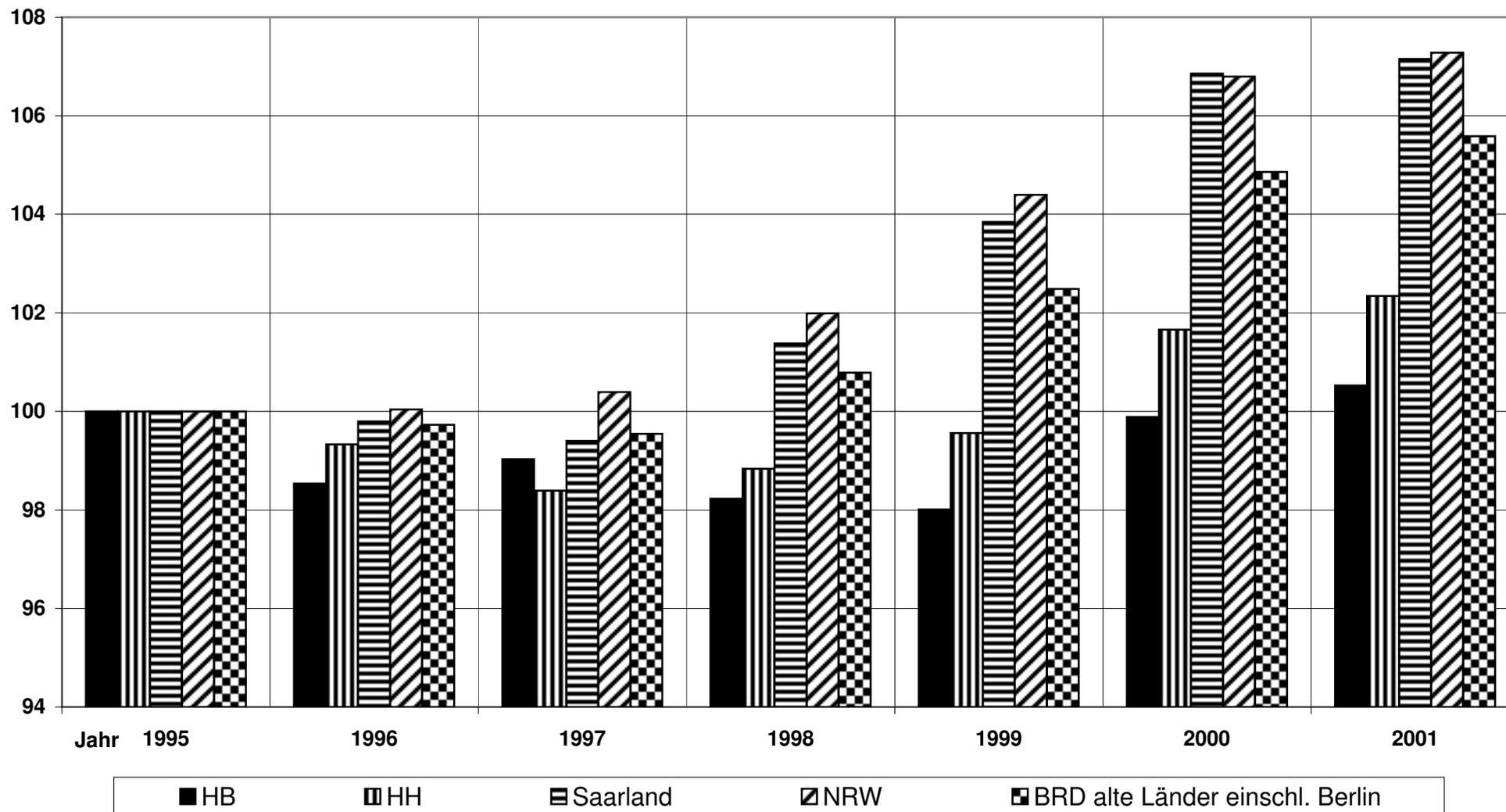
### Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 im Lande Bremen Vergleich ISP Soll mit realer Entwicklung



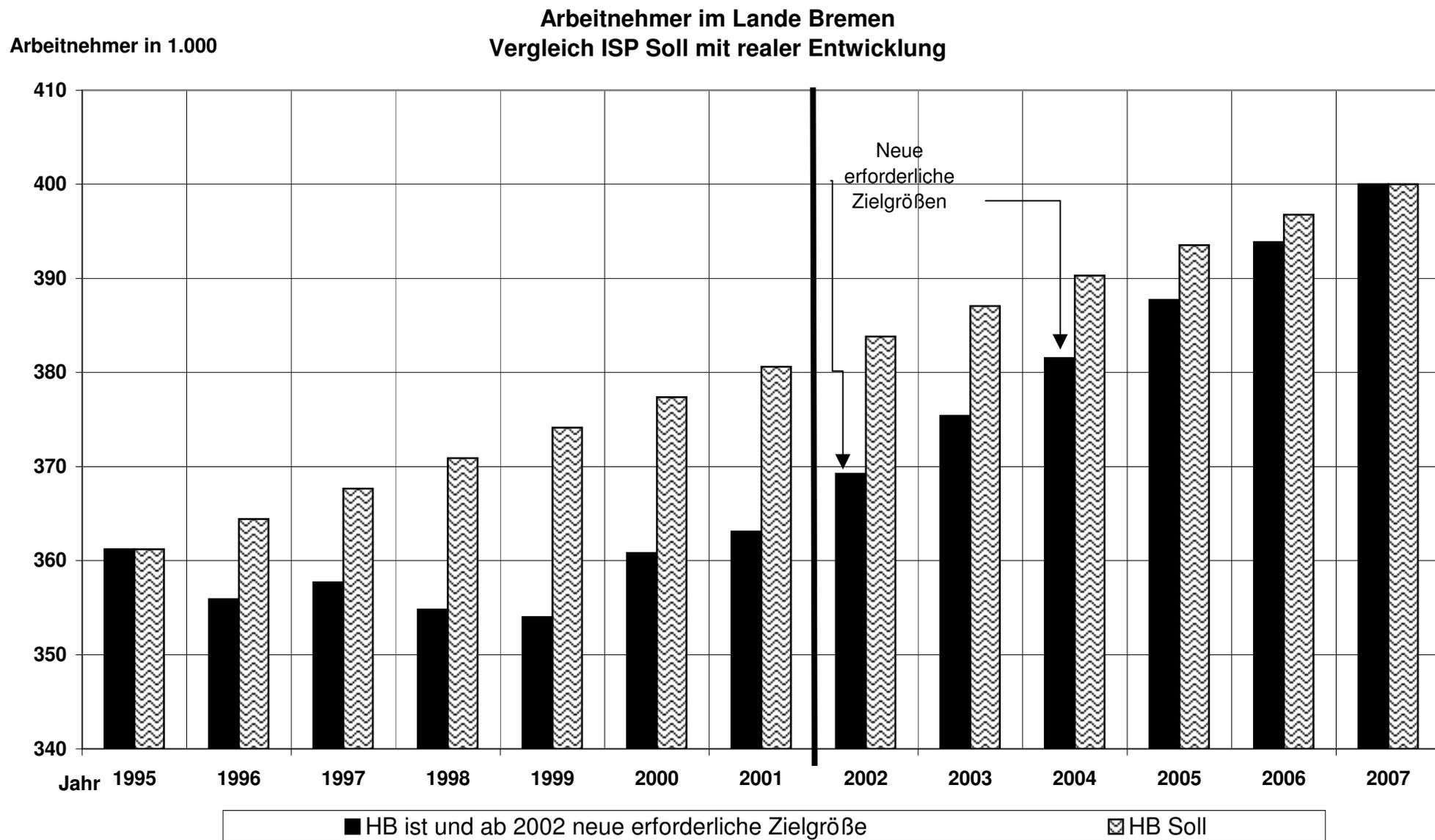
Datenquelle:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
der Länder 1991 bis 2001  
Reihe 1 Band 1

**Arbeitnehmer in Bremen  
im Ländervergleich**

in % von 1995



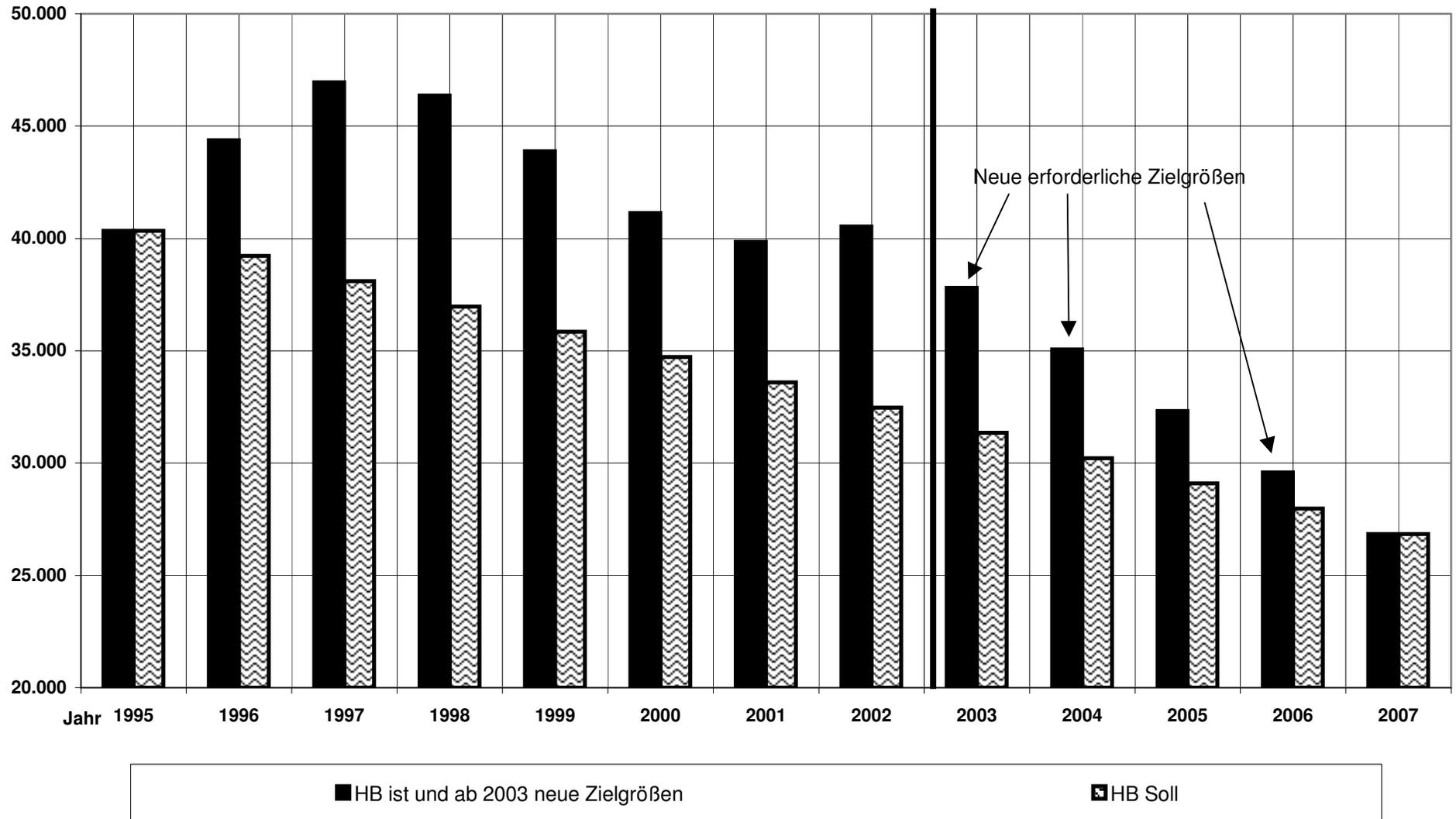
Datenquelle:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung  
der Länder 1991 bis 2001  
Reine 1 Bd. 3



Datenquelle:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
der Länder 1991 bis 2001  
Reihe 1 Band 3

**Arbeitslose im Land Bremen  
Vergleich ISP Soll mit realer Entwicklung**

Arbeitslose



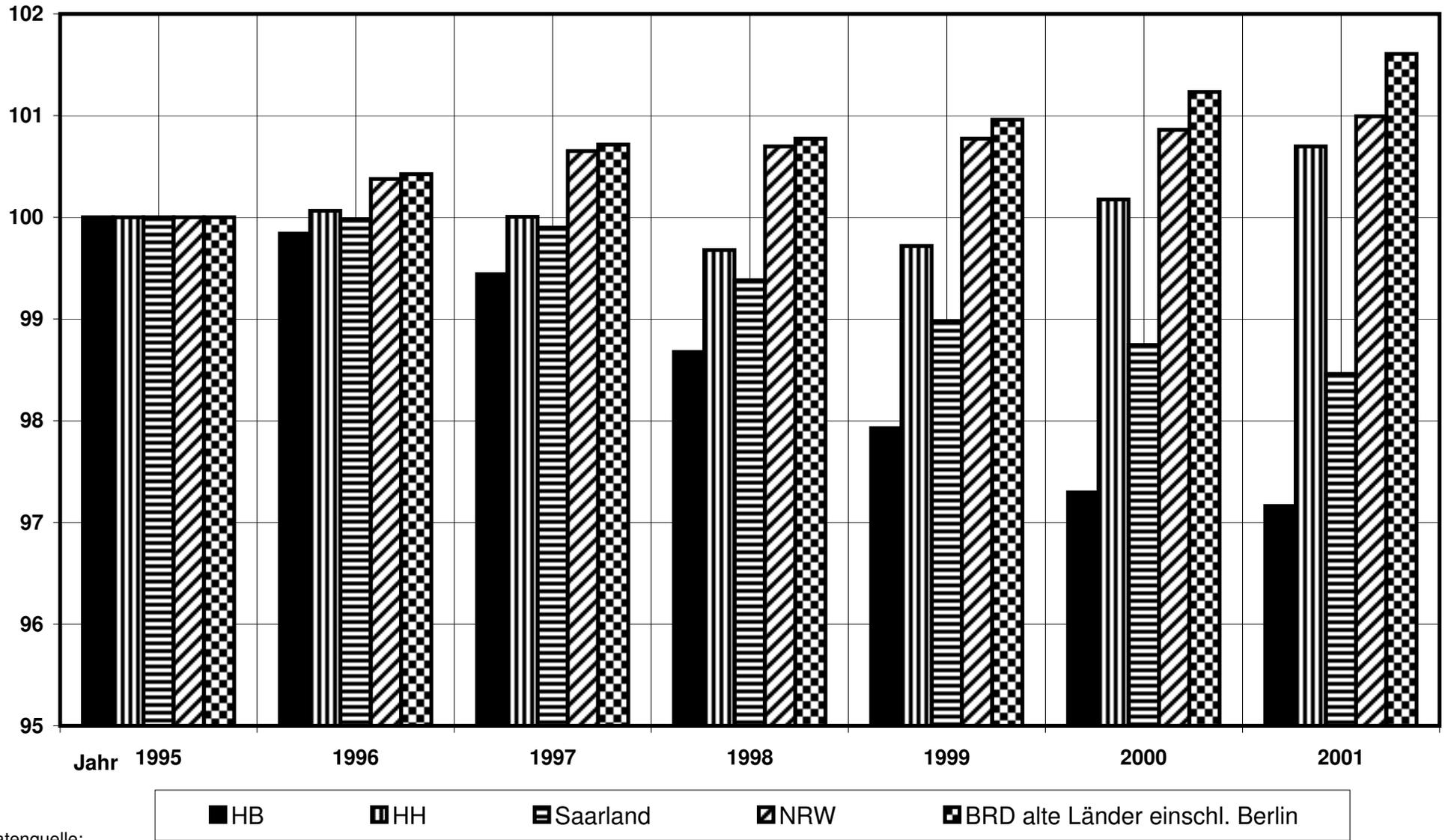
Datenquellen:  
Statistisches Landesamt Bremen  
Statistisches Jahrbuch 2002  
und Einzelangabe

Der Senator für Finanzen  
Finanzbericht 5 / 96

Eigene Berechnungen

### Einwohnerentwicklung Bremens im Ländervergleich

Bevölkerung in % von 1995

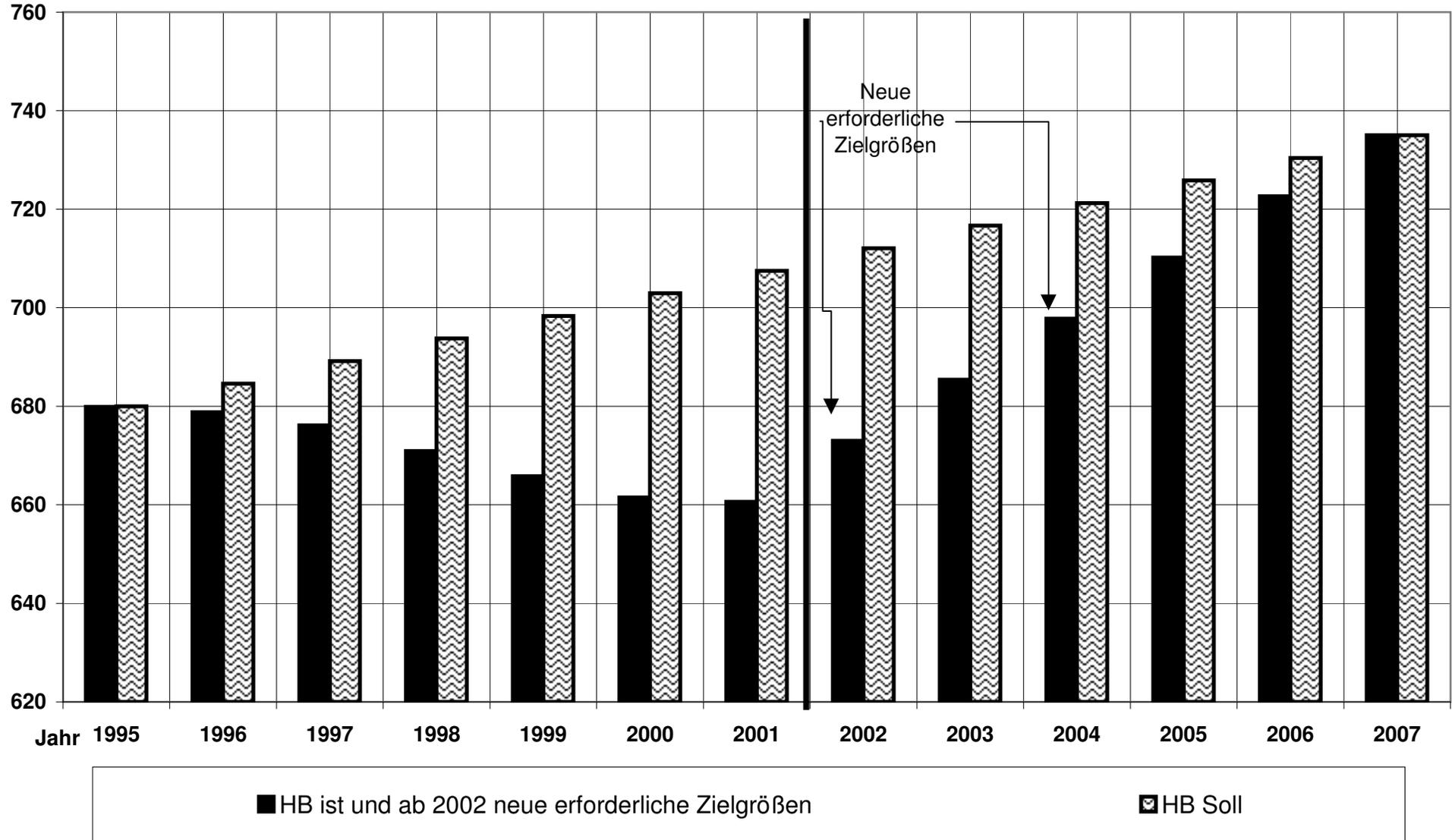


Datenquelle:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung  
der Länder 1991 bis 2001  
Reihe 1 Band 3

Eigene Berechnungen

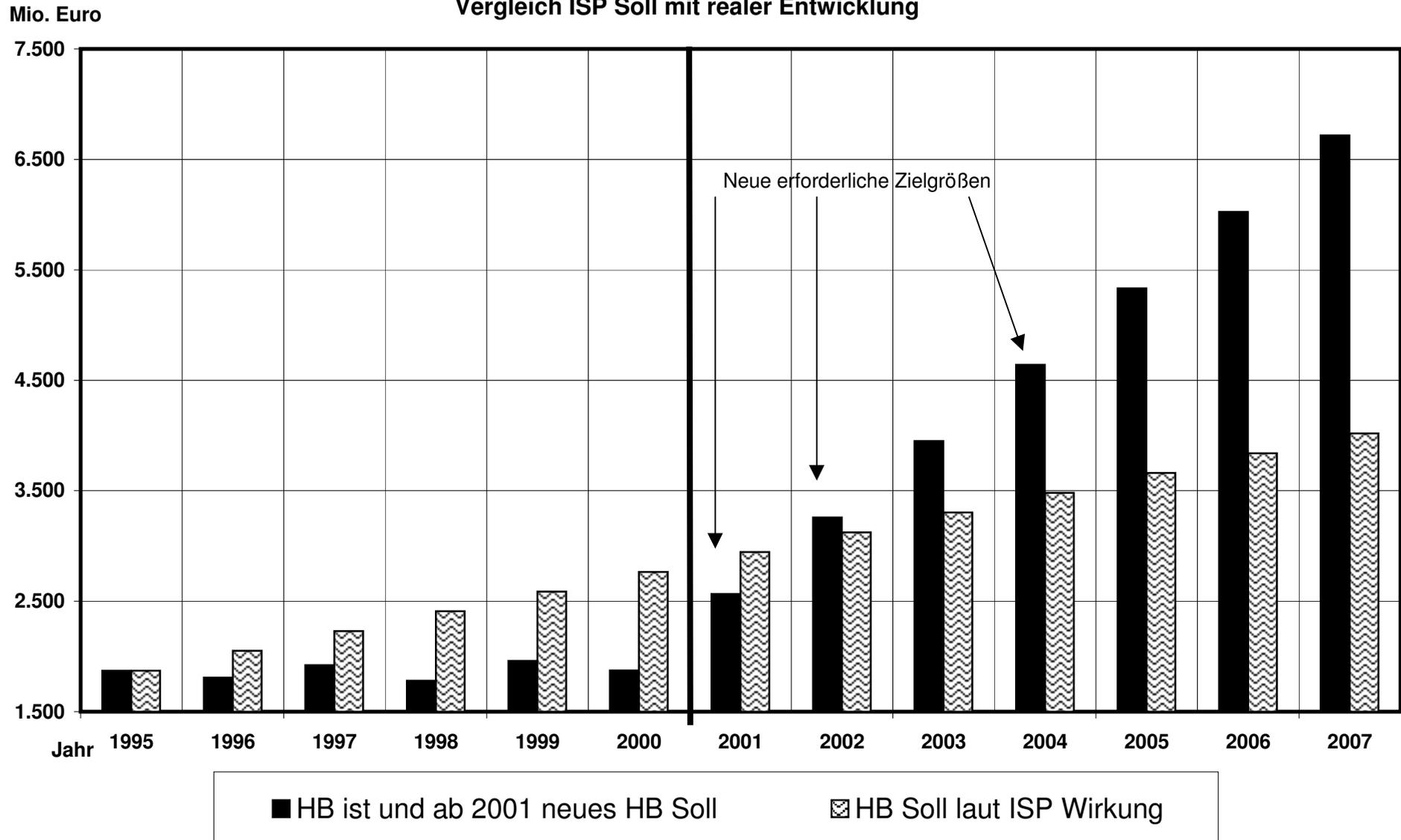
Bevölkerung  
Land in 1.000

### Einwohner im Lande Bremen Vergleich ISP Soll mit realer Entwicklung

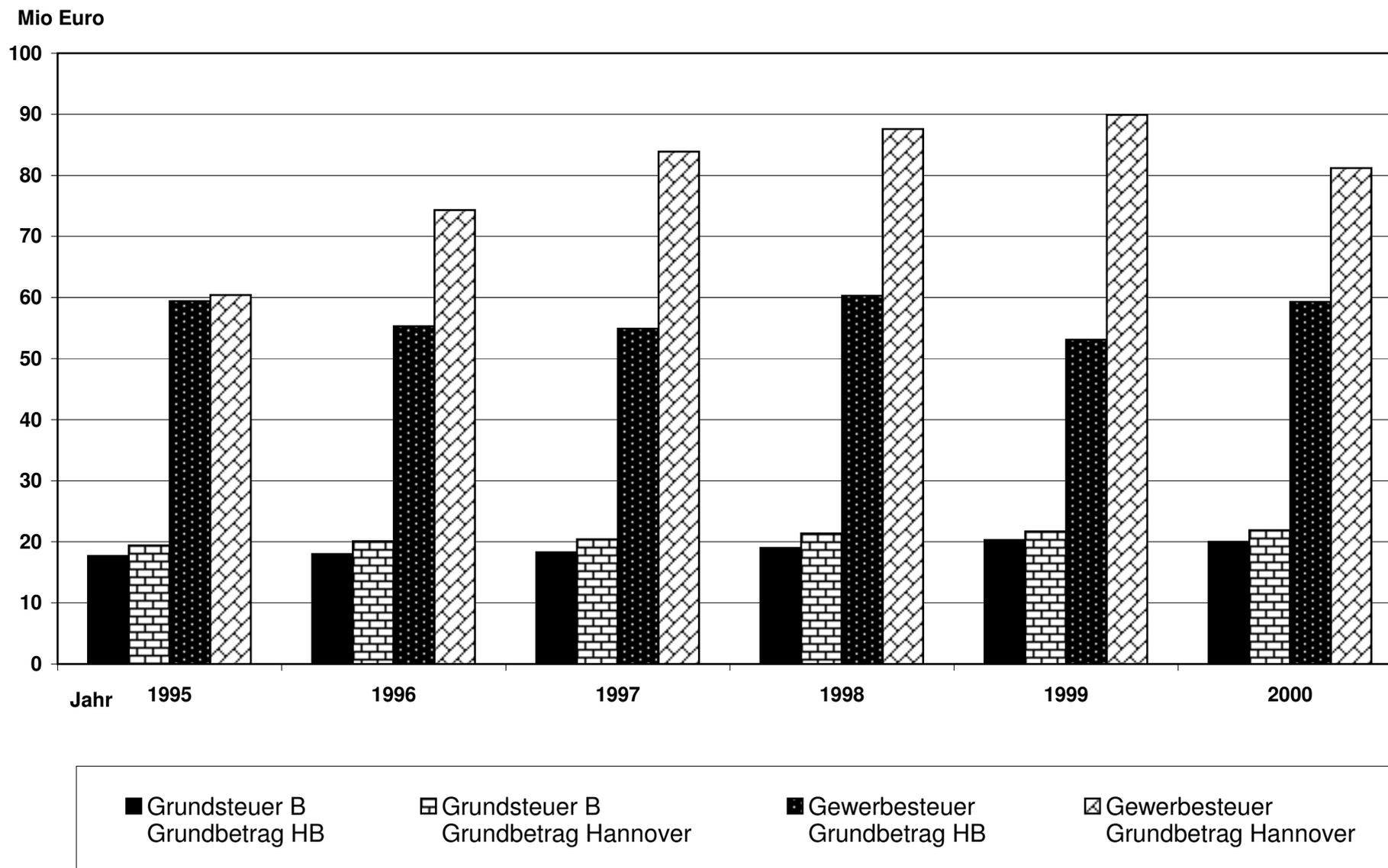


Datenquellen.  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
der Länder 1991 bis 2001  
Reihe 1 Band 3

### Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften Bremens Vergleich ISP Soll mit realer Entwicklung



### Grund- und Gewerbesteuern Bremen Stadt im Vergleich zu Hannover



Datenquelle:  
Statistik regional Ausgabe 2002  
der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

### Arbeitnehmer in Bremen im Ländervergleich

in % von 1995

